südostasien
Zeitschrift für Politik • Kultur • Dialog

2 | 2019, Indonesien,
Autor*in: Svenja Hübinger

Touristen kommen und gehen – der Müll bleibt



Suwung Deponie: Plastikmüll soweit das Auge reicht © Svenja Hübinger

Indonesien: Die beliebte Urlaubsinsel Bali wird jährlich von über fünf Millionen Touristen besucht. Ende 2017 ließ Balis Regierung den Müll-Notstand ausrufen. Ein Weckruf, der ein Jahr später zur Deklaration eines längst überfälligen Verbots von Einwegplastik seitens der balinesischen Regierung führte.

Indonesien gilt als zweitgrößter Plastikmüll-Verursacher weltweit. Im Jahr 2010 wurden in Indonesien 3.22 Millionen Tonnen Plastikabfall unkontrolliert entsorgt, wovon schätzungsweise ein Drittel im Ozean landete (Jambeck et al. 2015: Plastic waste inputs from land into the ocean, in: Science 347(6223): 768-771).

Auf der Insel Bali, die mit mehr als fünf Millionen Besuchern pro Jahr mehr Touristen als Einwohner verkraften muss, ist die Müll-Situation besonders alarmierend. Auch wenn es schwer ist, die Herkunft des Abfalls an Balis Stränden zurückzuverfolgen, so schätzen Expert*innen des Instituts für marine Ökosystem und Fischereiwissenschaften der Udayana Universität, dass bis zu achtzig Prozent vom balinesischen Festland selbst stammt. Es mangelt an einem umfassenden Abfallmanagement-System. Der Müll wird vielerorts aufgrund fehlender Alternativen in Flüssen, Grünflächen und am Straßenrand abgeladen oder schlichtweg verbrannt. Einzig informelle Müllsammler*innen verfrachten Abfälle zu offiziellen Mülldeponien, welche jedoch ein weiteres immenses Schadstoffpotential darstellen. Dort bleiben die Abfälle offen liegen. Es gibt kein ausgereiftes Mülltrennungs- und Verwertungssystem.



Ein unkontrolliertes Verbrennen von Plastikabfällen ist Umwelt- und gesundheitsschädigend © Svenja Hübinger

Ein signifikanter Teil des Abfalls Balis endet jedoch einfach unkontrolliert im Ozean, wo er eine zunehmende Gefahr darstellt. Kunststoffteile werden von Meerestieren für Nahrung gehalten – in vielen Fällen ein tödlicher Irrtum. Untersuchungen eines australischen Forscherteams an Meeresschildkröten haben gezeigt, dass der ‚Verzehr' von Plastik für junge Schildkröten am tödlichsten ist. Schon ein einziges Stück Plastik kann tödlich sein. Auch für uns Menschen kommen die Folgen unseres Konsums zu uns zurück: Angeschwemmt an Strände ist Plastik sichtbar. Wie viel davon über die Nahrungskette in den menschlichen Organismus zurückgeht und welche Folgen das hat, ist bislang kaum erforscht.

Die Verordnung Nr. 97/2018 – ein Rettungsanker?

Aufgrund der Abhängigkeit von der Tourismusindustrie konnte Balis Müllproblem nicht länger ignoriert werden. In den sozialen Medien kursierten vermehrt Bilder vom „Müllparadies“. NGOs und Grassroot-Initiativen haben sich seit Jahren dem Problem verschrieben. Mit zunehmendem Druck durch die Öffentlichkeit musste sich schließlich auch die Regierung bewegen.

Mit der Verordnung Nr. 97/2018 zielte Balis Gouverneur Wayan Koster auf einen 70-prozentigen Rückgang der Plastikverschmutzung des maritimen Ökosystems der Insel innerhalb eines Jahres nach dem Inkrafttreten Mitte 2019 ab. Zweifelsfrei stößt eine derartige Regulierung auf eine Vielzahl an Befürwortern, auch auf globaler Ebene. Die jüngste Entwicklung nährt die Hoffnung, dass die Plastikproblematik der Insel nun an der Wurzel angegangen werden kann. Zugleich stellt sich jedoch die Frage, inwieweit das Verbot eine effektive Reduzierung des Plastikmülls in den Meeren durchzusetzen vermag, oder ob es lediglich an der Oberfläche eines tiefer verankerten Abfallmanagement- und Verpackungsproblems ansetzt.

Ein Einwegplastikverbot in der Theorie

Die Einzelheiten des Gesetzes sind recht detailliert aufgeführt und der Wortlaut ist durchaus ambitioniert. So zielt die Verordnung laut Artikel 2 nicht nur darauf ab, durch die Reduzierung von Einwegplastikmüll die Reinheit, Harmonie und das ökologische Gleichgewicht aufrechtzuerhalten, sondern auch das Recht der Allgemeinheit auf ein gutes und gesundes Leben ohne Schadstoffbelastung und Umweltverschmutzung zu sichern. Zu guter Letzt forciert die Verordnung eine gesamtgesellschaftliche Partizipation in Sachen Umweltschutz.



Ein Ausflug der Autorin zur Suwung Mülldeponie beweist:
Plastikstrohhalme, wo das Auge hinreicht © Svenja Hübinger

Dabei beinhaltet das Verbot jedoch nur drei Sorten von Einwegkunststoff: Plastiktüten, Polystyrol (Styropor) und Plastikstrohhalme. Eine derartige Limitierung mag zunächst ernüchternd wirken denn die weit verbreiteten Plastikflaschen sowie Lebensmittelverpackungen werden nicht berücksichtigt. Zwar machen die betroffenen drei Plastiksorten einen beträchtlichen Teil des Abfalls an Balis Küsten aus, wie die Statistik des wahrscheinlich umfassendsten Beach Clean-Ups Anfang 2019 zeigt. Die *Clean-Up* Aktion war eine Initiative von *One Island One Voice*, einem Kollektiv von Organisationen die sich für eine Lösung des Abfallproblems engagieren. Sie umfasste eine Vielzahl von Stränden, Flüssen, Straßen, Dörfern und Städten, die über die ganze Insel verteilt lag und involvierte 13.000 Menschen an 150 Orten. Die Auswertung zeigte, dass Plastikstrohhalme 12 Prozent, Plastiktüten 15 Prozent und Styropor fünf Prozent des mehr als 30 Tonnen zusammen getragenen Abfalls darstellten. Zugleich machten von der Verordnung Nr. 97/2018 nicht betroffene Lebensmittelverpackungen mit 22 Prozent und ebenfalls weiterhin erlaubte Plastikflaschen mit 16

Prozent immer noch die Mehrheit des Mülls aus.

In Bezug auf betroffene Stakeholder deckt die Verordnung eine größere Bandbreite von Akteur*innen ab. Denn laut Artikel 6, Paragraph 1-4 sind sowohl Produzent*innen, Händler*innen, Lieferant*innen, Wirtschaftsakteur*innen als auch Gemeinden, traditionelle Dörfer, und Konsument*innen dazu verpflichtet, den Gebrauch von genannten Einwegkunststoffen nicht nur zu unterbinden, sondern auch Alternativen zu produzieren, zu verbreiten und zu nutzen. In der Theorie lautet die Strategie zur Umsetzung dieses umfassenden Verbots wie folgt: existente Materialien identifizieren und zusammentragen, Ausgangsdaten zu deren Nutzung erheben und evaluieren, Aktivitäten planen und Jahresziele festlegen. Zudem sieht die Regulierung Aufklärungsarbeit sowie eine Reihe von Kampagnen mit dem Ziel, die Nutzung von umweltfreundlichen Alternativen anzuregen, vor.

Korruption, Bequemlichkeit und die Plastiklobby

Auf dem Papier klingt die Regulierung viel versprechend, die Implementierung wird jedoch eine große Herausforderung darstellen. Laut *Transparency International* herrscht in Indonesien mit einem Korruptionswahrnehmungsindex von 38 (auf einer Skala von 0 bis 100, wobei 100 die geringste Wahrnehmung von Korruption anzeigt) ein hohes Maß an Korruption, was eine wesentliche Einschränkung der Steuerungsfähigkeit der politischen Führung darstellt.



Traditionelle Märkte scheinen Plastiktüten noch nicht aus ihrem Sortiment genommen zu haben © Svenja Hübinger

Eine weitere Problematik ist das dezentrale Abfallmanagement-System Balis. Laut Daten der Stiftung ROLE findet 95 Prozent Balis Abfallentsorgung effektiv auf kommunaler Ebene statt. *Desas* (Dörfer) sowie *Banjar* (Dorfeinheiten) spielen damit eine Schlüsselrolle in dem erforderlichen Wandel. Genau hier greift die Verordnung wissentlich und bietet wichtige Anreize für eine Implementation auf traditioneller Dorfebene. Laut Paragraph 20, Artikel 1-2, kann ein *Desa Adat* (traditionelles Dorf) welches das Verbot erfolgreich umsetzt Unterstützung von der Regierung in Form infrastruktureller Einrichtungen oder Fördermitteln erhalten.

Ein weiteres großes Hindernis stellt die Alltagsgewohnheit dar, Mahlzeiten und Getränke mehrheitlich zum Mitnehmen an Straßenständen zu kaufen. Besonders hierfür ist Einwegplastik nicht nur zweckdienlich, sondern bis dato auch die einzige kostengünstige Option. In diesem Zusammenhang ist der Wandel hin zu umweltfreundlichen Alternativen vor allem für klein- und

mittelständische Unternehmen nur schwer realisierbar. Asana Viebeke, ein Kleinunternehmer zitiert vom Online-Magazin *Mongabay*, wünscht sich neben Aufklärung durch die Regierung auch Subventionen für alternative Verpackungsstoffe.

Einem großen Teil der Bevölkerung fehlt das Wissen über die Gefahren, die Einwegplastik für Umwelt und Gesundheit darstellt. Wenn hier keine Breitband-Aufklärungsarbeit betrieben wird, ist es unwahrscheinlich, dass die Bevölkerung ihren Lebensstil ändern wird. Und selbst wenn sie es zügig täte, würde das noch nicht viel bewirken, denn Touristen verbrauchen im Schnitt fünfmal so viele Ressourcen wie lokale Bewohner und tragen somit einen immensen Teil zum wachsenden ‚garbage mountain' bei.

Betroffene Plastikproduzenten klagen zudem bereits, dass ein Wechsel zu alternativen Produkten eine erhebliche ökonomische Barriere darstelle, nicht zuletzt da die Verordnung in diesem Zusammenhang keinerlei Subventionen oder Zuschüsse vorsieht. So hat der indonesische Plastik-Recycling Verband *Asosiasi Daur Ulang Plastik Indonesia* ADUPI bereits eine Klage gegen das Verbot eingereicht.



Ein Bach in der Nähe der Suwung Deponie voller Abfälle © Svenja Hübinger

Grund hierfür ist der dabei entstehende Engpass an recycelbarem Material sowie die Mutmaßung, das Verbot für den balinesischen Markt ziehe fatale Geschäftsschädigungen für indonesische Plastik-Produzent*innen nach sich. Die Fakten sprechen jedoch mehrheitlich gegen die Vorwürfe. Laut einer Studie aus dem Jahr 2018 werden in Bali nur 6,8 Prozent der kommunalen Feststoffabfälle ganz Indonesiens überhaupt recycelt (Widyarsana et al. 2018: municipal solid waste material flow in Bali province, Indonesia. Bandung Institute of Technology, Indonesia).

Insbesondere Strohhalme sind zu filigran für große industrielle Recyclinganlagen und werden laut dem *Plastic Recycling & Recycability Report* der *Indonesian Waste Platform*, verfasst unter anderem von Vorstandsmitgliedern von ADUPI selbst, zum größten Teil nicht recycelt. Tiza Mafira, Mitbegründerin der Bewegung *Gerakan Indonesia Diet Kantong Plastik* (GIDKP), fordert Organisationen in diesem Zusammenhang auf, die Öffentlichkeit nicht mit der Annahme

irrezuführen, Recycling alleine könnte jegliche Abfallprobleme lösen. Vielmehr sollten Recycling-Tätigkeiten eine Symbiose mit dem Verbot von Einwegplastik eingehen. In Bezug auf die eingereichte Klage argumentiert Tiza „Diese Vorschriften verbieten Einwegkunststoffe, die beim Recycling keinen hohen Wert haben, wie Plastiktüten und Strohhalme. Sie schaden also weder Recycling-Akteuren noch Müllsammler*innen, die überhaupt kein Interesse an ihnen haben".

Bambus-Strohhalme und Bananenblätter

Balis Gouverneur scheint sich der Hürden bewusst und kündigte Sanktionen wie beispielsweise eine Nichtverlängerung von Geschäftsgenehmigungen im Falle von Missachtungen des Gesetzes an. Seine Strategie um eine erfolgreiche Implementierung der Regulierung sicherstellen zu können, zitiert von der Tageszeitung The Jakarta Post: "If they [businesses] disobey, we will take action, like not extending their business permit". Neben derartigen Sanktionen kündigte Koster zudem an, ein Team von Beamt*innen, Akademiker*innen, Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen und religiösen Führungspersönlichkeiten zu formen, welches Monitoring- und Unterstützungsmaßnahmen übernehmen soll.

Allen Widrigkeiten zum Trotz: Bereits vor dem endgültigen Inkrafttreten der Regulierung Mitte 2019 zeichnen sich erste Erfolge ab. Größere Supermärkte und Einzelhandelsketten haben Plastiktüten verbannt und verkaufen stattdessen wieder verwendbare Einkaufstaschen. Zudem ist eine wachsende Zahl an Cafés, lokalen Restaurants, Bars und Hotels komplett auf Edelstahl- oder Bambus-Versionen von Strohhalmen umgestiegen. Tiza Mafira, Leiterin von GIDKP, zeigt sich hoffnungsvoll: "Mehrwegbeutel anstelle von Plastiktüten, Essensboxen anstelle von Styropor, sowie Bambus- oder Edelstahlstrohhalme anstelle von Plastikstrohhalmen werden mittlerweile überall verkauft. Vorschriften, die Einwegkunststoffe verbieten, sollen eigentlich niemanden belasten oder bestrafen. Stattdessen fördern sie nachweislich Änderungen im Verbraucherverhalten, um umweltfreundlicher zu sein".

Auch zeichnet sich eine Tendenz zurück zu traditionellen Verpackungsmaterialien aus Zeiten vor der Plastikinvasion ab. Frisches Gemüse, Süßwaren und einfache Reisgerichte werden wieder in Bananenblätter verpackt. Der Wandel ist jedoch noch überwiegend dort zu beobachten, wo die finanziellen Ressourcen gegeben sind (vgl. dazu auch Artikel von Sirinya Wattana in dieser Ausgabe) oder wo Maßnahmen der Imageverbesserung in Bezug auf westliche Besucher*innen als essenziell erachtet werden.



Supermärkte steigen bereits auf Bananenblätter als Verpackungsmaterial um © Svenja Hübinger

Mit dem Verbot ist nun zumindest der legale Rahmen geschaffen, um einen nachhaltigen Wandel voranzutreiben. Die Einschätzung Ni Wayan Ani Yulindas, Mitbegründerin der PlastikDetox-Kampagne, scheint diese Annahme zu bestätigen: „Wir haben gesehen, dass balinesische Einwohner die Regelung mit Begeisterung aufgenommen haben. Viele Supermärkte, Restaurants, kleine Läden und große Einzelhändler haben Plastiktüten verbannt, noch bevor die Vorschrift in Kraft trat. Und sie haben begonnen, lokales Kunsthandwerk als Alternative anzubieten, gewebte Körbe, Bambusstrohhalme und Lebensmittelverpackungen aus Bananenblättern. Dies zeigt auch den Stolz auf die balinesische Kultur“.

Studien haben gezeigt, dass der Schlüssel im Kampf gegen das Problem der Verschmutzung durch Plastikabfälle in einem ganzheitlichen Ansatz liegt. Die drei R’s (reduce, reuse and recycle) haben sich seit dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung 2002 zu einem weit verbreiteten Ansatz etabliert und werden unter anderem vom United Nations Environment Programme (UNEP) stark forciert. Regulatorische Interventionen sind hierbei eine ausschlaggebende Komponente in Richtung eines nachhaltigen Paradigmen-Wechsel, müssen jedoch mit einer verbesserten Abfallsammlung und – wirtschaft, Aufklärungsarbeit sowie der Bereitstellung von wieder verwendbaren und ökologischen Ersatzprodukten kombiniert werden. Kurzum, während Bali definitiv einen verbesserten *End-of-the-Pipe*-Ansatz in Form von Abfallmanagement und Recycling benötigt um die bestehenden Müllberge zu minimieren, scheint das Verbot zumindest ein wichtiger erster Schritt in Richtung Versiegen von Quellen neuer Einweg-Kunststoffe zu sein. Durch die Schaffung von Anreizen zur Reduzierung von Abfällen stellt es damit die erste Maßnahme der drei Kernpraktiken (Reduzierung,

Wiederverwertung und Recycling) nachhaltigen Abfallmanagements dar.

Der Einwegplastikverbot Balis schürt also Hoffnung, dass der Plastikmüll-Notstand Indonesiens weder seitens der Politik noch der Gesellschaft länger toleriert wird. Auch wenn ein 70-prozentiger Rückgang der Plastikverschmutzung im Meer innerhalb eines Jahres utopisch klingt: Ein Anfang ist gemacht.

Autor:in

Svenja Hübinger

Svenja Hübinger hat im Bachelor Südostasien- und Wirtschaftswissenschaften in Passau und Yogyakarta studiert und absolviert derzeit ein Praktikum bei der Nichtregierungsorganisation ROLE Foundation in Bali. Hierfür erhielt sie das diesjährige Anke-Reese-Stipendium der Stiftung Asienhaus.



Dieser Text erscheint unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.